

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

21. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 30. August 1968	Nummer 112
--------------	---	------------

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
2000	18. 6. 1968	RdErl. d. Landesregierung Verlegung des Sitzes des Geschäftsführers der Kreisstelle Rheinisch-Bergischer Kreis der Landwirtschaftskammer Rheinland als Landesbeauftragter im Kreise . . . . .	1434
2005	20. 8. 1968	RdErl. d. Innenministers Verwaltungsvorschriften zum Landesorganisationsgesetz . . . . .	1434
20531	12. 8. 1968	RdErl. d. Innenministers Richtlinien für die Durchführung von Alarmfahndungen im Lande Nordrhein-Westfalen . . . . .	1434
763	7. 8. 1968	RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr Abgrenzung der Aufsichtsbefugnisse über private Versicherungsunternehmen von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung; Vereinfachung der Berichterstattung . . . . .	1434
8054	13. 8. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Unterrichtung der Vertreter der Gewerbeaufsicht in den VDE-Kommissionen . . . . .	1434
8221	8. 8. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Unfallversicherung; Unfallverhütung bei den Behörden, Verwaltungen und Betrieben des Landes Nordrhein-Westfalen . . . . .	1435
8300	14. 8. 1968	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Anwendung des § 60 Abs. 5 BVG in den Fällen des § 71b BVG . . . . .	1435

### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Titel	Seite
	<b>Finanzminister</b>	
12. 8. 1968	RdErl. — Merkblätter der Deutschen Bundesbank über Falschgeld . . . . .	1435
	<b>Personalveränderungen</b>	
	Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei . . . . .	1436
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr . . . . .	1436
	<b>Hinweise</b>	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 42 v. 19. 8. 1968 . . . . .	1437
	Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 16 v. 15. 8. 1968 . . . . .	1437

## I.

2000

**Verlegung des Sitzes des Geschäftsführers  
der Kreisstelle Rheinisch-Bergischer Kreis der Land-  
wirtschaftskammer Rheinland als Landesbeauftragter  
im Kreise**

RdErl. d. Landesregierung v. 18. 6. 1968 — Az. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —  
I B 3 — a — 2.21

Auf Grund des § 9 Abs. 3 in Verbindung mit § 7 Abs. 4 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), geändert durch Gesetz vom 24. Mai 1966 (GV. NW. S. 298), — SGV. NW. 2005 —, hat die Landesregierung am 18. Juni 1968 folgende Anordnung erlassen:

„Der Sitz des Geschäftsführers der Kreisstelle Rheinisch-Bergischer Kreis der Landwirtschaftskammer Rheinland als Landesbeauftragter im Kreise wird von Bergisch Gladbach nach Bensberg verlegt.

Die Zuständigkeit des Geschäftsführers der Kreisstelle Rheinisch-Bergischer Kreis der Landwirtschaftskammer Rheinland als Landesbeauftragter im Kreise wird durch diese Sitzverlegung nicht berührt.“

— MBl. NW. 1968 S. 1434.

2005

**Verwaltungsvorschriften  
zum Landesorganisationsgesetz**

RdErl. d. Innenministers v. 20. 8. 1968 —  
I C 2/15 — 20. 321

Das Verzeichnis der Aufgaben, die unteren Landesbehörden im Bezirk anderer unterer Landesbehörden übertragen worden sind (Anlage 2 zu dem RdErl. d. Landesregierung v. 12. 2. 1963 — SMBl. NW. 2005 —), wird wie folgt geändert:

1. Bei den Nummern 4.33, 4.34 und 4.36 wird jeweils der unter der Bezeichnung des Finanzbauamts befindliche Klammerzusatz  
(vgl. FBA Wesel)  
gestrichen.
2. Bei der Nummer 4.35 erhält der unter der Bezeichnung des Finanzbauamts befindliche Klammerzusatz folgende Fassung:  
(vgl. FBA Krefeld)
3. Die Nummer 4.37 erhält folgende Fassung:  
4.37 Finanzbauamt Wesel — keine
4. Bei der Nummer 5.22 erhält der unter der Bezeichnung des Finanzbauamts befindliche Klammerzusatz folgende Fassung:  
(vgl. FBA Köln-Ost)
5. Die Nummer 5.24 erhält folgende Fassung:  
5.24 Finanzbauamt Erkelenz — keine  
(vgl. FBA Köln-Ost)
6. Die Nummer 5.25 erhält folgende Fassung:  
5.25 Finanzbauamt Köln-Ost  
(vgl. FBA Köln-West)  
Für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen:  
Bau der Pipeline-Anlagen
7. Es werden gestrichen:
  - a) bei den Nummern 6.50, 6.51 und 6.55 der jeweils unter der Bezeichnung des Finanzbauamts befindliche Klammerzusatz  
(vgl. FBA Paderborn)
  - b) bei der Nummer 6.52 der unter der Bezeichnung des Finanzbauamts befindliche Klammerzusatz  
(vgl. FBA Münster-West)

8. Die Nummer 6.53 erhält folgende Fassung:

6.53 Finanzbauamt Münster-West — keine

9. Die Nummer 6.54 erhält folgende Fassung:

6.54 Finanzbauamt Paderborn

Aus dem Bezirk des FBA Bielefeld:  
Bauaufgabe „NATO-Flugplatz Gütersloh“ (bis 30. 6. 1969).

— MBl. NW. 1968 S. 1434.

20531

**Richtlinien für die Durchführung  
von Alarmfahndungen im Lande Nordrhein-  
Westfalen**

RdErl. d. Innenministers v. 12. 8. 1968 —  
IV A 4 — 6704

Mein RdErl. v. 25. 4. 1963 (SMBl. NW. 20531) wird wie folgt geändert:

1. Der RdErl. erhält unter der Überschrift folgende Bezeichnung:  
RdErl. d. Innenministers v. 25. 4. 1963 — IV A 4 — 6704.

2. Nummer 4.1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die Kreispolizeibehörden haben sicherzustellen, daß neben den örtlichen Dienststellen der anderen Alarmfahndungsträger auch deren Zentralstellen — Bundesbahndirektionen, Oberfinanzdirektionen, Zollabteilung des Bundesfinanzministeriums, Grenzschutzdirektion Koblenz — in den Alarmfahndungsplan aufgenommen werden.

— MBl. NW. 1968 S. 1434.

763

**Abgrenzung der Aufsichtsbefugnisse über private  
Versicherungsunternehmen von geringerer wirt-  
schaftlicher Bedeutung  
Vereinfachung der Berichterstattung**

RdErl. d. Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 7. 8. 1968 — I/C 3 — 190 — 02 — 54/68

Der RdErl. v. 10. 1. 1961 (SMBl. NW. 763) wird wie folgt geändert:

Abschnitt 1 a bis f erhält nachstehende Fassung:

- |   |               |
|---|---------------|
| a) Sterbekassen   | 150 000,— DM  |
| b) Pensionskassen   | 150 000,— DM  |
| c) Tierversicherungsunternehmen   | 150 000,— DM  |
| d) Krankenversicherungsunternehmen  | 250 000,— DM  |
| e) Schadensversicherungsunternehmen<br>(soweit sie nicht die Kraftfahrt-,<br>Allgemeine Haftpflicht-, Hagel-,<br>Schiffs- oder Rechtsschutzversiche-<br>rung betreiben) | 300 000,— DM  |
| f) Unfallversicherungsunternehmen   | 300 000,— DM. |

— MBl. NW. 1968 S. 1434.

8054

**Unterrichtung der Vertreter der Gewerbeaufsicht  
in den VDE-Kommissionen**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 13. 8. 1968 —  
III A 3 — 8658 — (III Nr. 27/68)

Um die Mitarbeit der Gewerbeaufsicht in den VDE-Kommissionen wirkungsvoller zu gestalten und die Belange der Gewerbeaufsicht besser vertreten zu können, ist es notwendig, die Vertreter der Gewerbeaufsicht in

den VDE-Kommissionen über die den Staatlichen Gewerbeaufsichtsämtern gemeldeten Schadensfälle durch elektrischen Strom unmittelbar zu unterrichten. Dabei sollen zur Weiterentwicklung der VDE-Bestimmungen nicht nur Zwischenfälle mit Personen- oder Sachschaden, sondern auch sogenannte „Beinahe-Unfälle“ mit erfaßt werden, soweit sie bekannt geworden sind.

Die Staatlichen Gewerbeaufsichtsämter haben daher die jeweiligen Vertreter der Gewerbeaufsicht in den VDE-Kommissionen über Schadensfälle und „Beinahe-Unfälle“ durch elektrische Einrichtungen nach dem aus der Anlage ersichtlichen Formblatt zu unterrichten. Wenn ein Bericht auch für einen Vertreter der Gewerbeaufsicht von Interesse sein könnte, der Mitglied einer anderen VDE-Kommission ist, so ist diesem eine Durchschrift des Berichtes zuzuleiten. Ein Verzeichnis der Vertreter der Gewerbeaufsicht in den VDE-Kommissionen wird im Informationsdienst Arbeitsschutz bekanntgegeben und auf dem jeweils neuesten Stand gehalten.

Mein RdErl. v. 10. 6. 1963 (SMBl. NW. 8054) wird aufgehoben.

#### Anlage

#### Formblatt zur Unterrichtung des Vertreters der Gewerbeaufsicht in einer VDE-Kommission über einen Schadensfall durch elektrische Einrichtungen

Gewerbeaufsichtsamt

Sachbearbeiter: ..... (für evtl. fernmündliche Rückfragen)

Herrn  
(Vertreter der VDE-Kommission)

Betr.: Sicherheitstechnische Erfahrungen auf dem Gebiet der Elektrotechnik

#### 1. Angaben über die elektrische Einrichtung

(Art, Hersteller, Typenbezeichnung, Stromart, Nennspannung, VDE-Zeichen, Mängel, Wartungs- und Pflegezustand)

#### 2. Angaben über Ort und Umfang des Schadensfalles

#### 3. Angaben über Hergang und Ursache des Schadensfalles

(ggf. mit Skizze, Schaltbild und Foto)

#### 4. Vorschläge für Abhilfemaßnahmen und zur Fortentwicklung der VDE-Bestimmungen

— MBl. NW. 1968 S. 1434.

8221

#### Unfallversicherung

#### Unfallverhütung bei den Behörden, Verwaltungen und Betrieben des Landes Nordrhein-Westfalen

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 8. 8. 1968 — III A 3 — 8016 — (III Nr. 26/68)

Nummer 3.2 meines RdErl. v. 14. 10. 1965 (SMBl. NW. 8221) erhält folgende Fassung:

Unabhängig von der Auswertung dieser Kartei durch die Lochkartenstelle ist über die Überwachungstätigkeit

in den Staatsbetrieben zu berichten. Für die Berichterstattung ist die „Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der Gewerbeaufsicht“ (Ausg. 1968) — III. Einteilung des Jahresberichtes für Staatsbetriebe — zugrunde zu legen, wobei unter Nummer 1 — Durchführung der Besichtigungstätigkeit — auch über die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbeauftragten der Behörden, Verwaltungen und Betriebe des Landes zu berichten ist. In der Einteilung können die Angaben unter Nummer 5 Buchstabe a) bis d) und Buchstabe f) mit Ausnahme der Angabe über Zahl der untersuchten tödlichen Unfälle entfallen, da diese Angaben durch die zentrale Auswertung der Kartei erfaßt werden.

— MBl. NW. 1968 S. 1435.

8300

#### Anwendung des § 60 Abs. 5 BVG in den Fällen des § 71 b BVG

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers v. 14. 8. 1968 — II B 2 — 4243.1 (9/68)

Mit Urteil vom 17. 11. 1967 — 10 RV 210/65 — hat das Bundessozialgericht entschieden, daß die Schutzvorschrift des § 60 a Abs. 5 BVG (§ 60 a Abs. 2 BVG i. d. F. des 1. NOG) auch bei einem Forderungsübergang nach § 71 b BVG zu berücksichtigen ist. Ansprüche des Versorgungsberechtigten gegenüber einem Träger der Sozialversicherung, einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn oder einer öffentlich-rechtlichen Kasse können daher nach § 71 b BVG auch nur in der Höhe auf den Kostenträger der Kriegsoferversorgung übergehen, die sich nach Anwendung des § 60 a Abs. 5 BVG im Falle der Ausgleichsrente ergibt. Ich bitte, künftig im Sinne der vom Bundessozialgericht vertretenen Rechtsauffassung zu verfahren.

Meinen RdErl. v. 7. 2. 1962 (SMBl. NW. 8300) hebe ich auf.

— MBl. NW. 1968 S. 1435.

## II.

#### Finanzminister

#### Merkblätter der Deutschen Bundesbank über Falschgeld

RdErl. d. Finanzministers v. 12. 8. 1968 — I D 3 — Tgb.Nr. 3313/68

Die Deutsche Bundesbank gibt Merkblätter über Falschgeld heraus, in denen das Falschgeld näher beschrieben wird. Sie sind für die Kassen und Zahlstellen ein wertvolles Hilfsmittel bei der Abwicklung des baren Zahlungsverkehrs.

Die Merkblätter werden von den Landeszentralbanken automatisch an die Kassen verteilt, sofern diese im Verteiler der örtlich zuständigen Landeszentralbank aufgeführt sind. Nach meinen Feststellungen ist das aber nicht bei allen Kassen des Landes der Fall, und ich bitte daher, soweit noch nicht geschehen, die Aufnahme in den Verteiler bei der jeweils zuständigen Landeszentralbank zu beantragen. Dabei bitte ich den Bedarf an Merkblättern so zu bemessen, daß die mit den Kassen abrechnenden Zahlstellen und, soweit erforderlich, auch die Verwalter von Handvorschüssen mit den Merkblättern ausgestattet werden können.

Der regelmäßige Empfang der mit laufender Nummer versehenen Merkblätter ist an Hand der Nummernfolge zu kontrollieren.

— MBl. NW. 1968 S. 1435.

**Personalveränderungen****Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei**

Es sind in den Ruhestand getreten:

Ministerialdirigent Professor Dr. N. Ley

Oberregierungsrat H. Knobelsdorff.

— MBl. NW. 1968 S. 1436.

**Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr****Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Ministerialrat W. Stührenberg zum leitenden Ministerialrat

Regierungsdirektor H. Mietke zum Ministerialrat

Oberregierungsrat Dr. J. Olivier zum Regierungsdirektor

Oberbergat W. Wenz zum Oberbergamtsdirektor

Regierungsrat K. E. Thiel zum Oberregierungsrat

Regierungsassessor Dr. H. Fornelli zum Regierungsrat

Es sind versetzt worden:

Oberlandesgeologe Dr. E. Wiegell zum Geologischen Landesamt NW in Krefeld

Ministerialrat E. Herfeld zum Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte

Es sind in den Ruhestand getreten:

Leitender Ministerialrat G. Krummheuer

**Nachgeordnete Behörden**

Es sind ernannt worden:

**Oberbergamt Dortmund**

Obervermessungsrat H. Eickelkamp zum Bergvermessungsdirektor

Bergat W. Marth zum Oberbergat

Bergat F. Mittler zum Oberbergat

**Bergamt Kamen**

Bergat E. Kaiser zum Oberbergat

**Bergamt Moers**

Bergat H. Kaiser zum Oberbergat

Bergassessor H. Andretzko zum Bergat

**Bergamt Gelsenkirchen**

Bergat J. van Lendt zum Oberbergat

**Bergamt Hamm**

Bergat K. Nierste zum Oberbergat

**Bergamt Recklinghausen**

Bergat N. Siebers zum Oberbergat

**Bergamt Bochum**

Bergassessor K. Borgmann zum Bergat

**Bergamt Köln**

Bergassessor K. Grell zum Bergat

**Bergamt Düren**

Bergassessor E. Müller zum Bergat

**Bergamt Bottrop**

Bergassessor W. Meyer zum Bergat

**Geologisches Landesamt NW in Krefeld**

Die Landesgeologen

Dr. K.-H. Josten

Dr. G. Stadler

Dr. J. Kalterherberg

Dr. A. Rabitz

Dr. G. Siebert

zu Oberlandesgeologen

**Landeseichdirektion — Dortmund —**

Regierungseichrat z. A. G. Franke zum Regierungseichrat

**Landeseichdirektion — Köln —**

Regierungseichrat z. A. J. Rüsing zum Regierungseichrat

**Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund**

Oberregierungsrat Dr. F. Kuhn zum Regierungsdirektor

Regierungsrat z. A. H. Lottermoser zum Regierungsrat

Es sind versetzt worden:

**Bergamt Köln**

Bergat K. Grell zur Wehrbereichsverwaltung I in Kiel

Es sind in den Ruhestand getreten:

**Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen in Krefeld**

Abteilungsdirektor Dr. H. Bode

**Oberbergamt — Bonn —**

Bergvermessungsdirektor E. Mäcke.

— MBl. NW. 1968 S. 1436.

## Hinweise

## Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 42 v. 19. 8. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
231	3. 8. 1968	Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Aufstellung eines Bebauungsplanes auf das Amt Merzenich . . . . .	249

— MBl. NW. 1968 S. 1437.

## Inhalt des Justizministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 16 v. 15. 8. 1968

(Einzelpreis dieser Nummer 0,60 DM zuzügl. Portokosten und zuzügl. 5,5 % Mehrwertsteuer)

	Seite		Seite
<b>Allgemeine Verfügungen</b>		Strafverfolgungsverjährung für die Dauer des verfassungsgerichtlichen Verfahrens. OLG Düsseldorf vom 13. Oktober 1967 — (1) Ss 597/67	189
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienstes . . . . .	181	<b>Kostenrecht</b>	
Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Laufbahnen des Aufsichtsdienstes und des Werkdienstes bei Justizvollzugsanstalten . . . . .	181	1. ZPO §§ 3—5, 91 a; GKG §§ 11, 20. — Obwohl die Entscheidung zur Hauptsache ergeht, bemißt sich der Gebührenstreitwert des vom Kläger einseitig als erledigt angezeigten Anspruchsteils nach dem Kosteninteresse im Zeitpunkt der Erledigungserklärung. Er ist dem Wert der aufrechterhaltenen Klageanträge hinzuzurechnen. OLG Düsseldorf vom 21. September 1967 — 6 U 239/66 . . . . .	190
Verhaltensvorschriften für Strafgefangene und Verwahrte . . . . .	181	2. BRAGEO § 52 I, § 54; ZPO § 91 II Satz 4. — Einem Rechtsanwalt, der in eigener Sache einen anderen Rechtsanwalt zum Prozeßbevollmächtigten bestellt hat, steht keine Gebühr nach §§ 52 I, 54 BRAGEO zu. § 91 II S. 4 ZPO findet insoweit keine Anwendung. OLG Düsseldorf vom 6. November 1967 — 7 W 70/67 . . . . .	191
Rechtskundlicher Unterricht an Gymnasien und Realschulen . . . . .	182	3. ZuSEntschG § 3 III Buchst. a. — Dem vom Gericht bestellten technischen Sachverständigen steht ein Zuschlag nach § 3 III Buchst. a ZuSEntschG auch dann zu, wenn er in seinem Gutachten zwar eine Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Lehre mangels bisheriger Veröffentlichung einschlägiger wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht vorgenommen, sich aber mit dem Stand der Technik unter selbständiger und kritischer Würdigung von Entwicklungsergebnissen der Hersteller der begutachteten technischen Artikel eingehend auseinandergesetzt hat. OLG Düsseldorf vom 30. August 1967 — 10 W 92/67	191
<b>Bekanntmachungen</b> . . . . .	184	4. UnterbrG NRW § 18 IV, § 19. — Legt der gemäß § 6 UnterbrG NRW beigeordnete Rechtsanwalt im eigenen Namen Beschwerde gegen den die Unterbringung des Betroffenen anordnenden Beschluß ein, so ist bei Zurückweisung oder Verwerfung der Beschwerde gleichwohl der Betroffene als Kostenschuldner anzusehen. OLG Hamm vom 3. Oktober 1967 — 15 W 453/67 . . .	192
<b>Personalnachrichten</b> . . . . .	184		
<b>Rechtsprechung</b>			
<b>Zivilrecht</b>			
1. BGB § 1596 I Nr. 2, II, § 1597. — Zur Frage der Vertretung des ehelichen Kindes im Ehelichkeitsanfechtungsprozeß sowie des Beginns der Anfechtungsfrist. LG Münster vom 24. Oktober 1967 — 3 R 211/67 . . . . .	185		
2. ZPO §§ 511, 91 a; 935 ff. — Zur Frage der Zulässigkeit der Berufung gegen ein Unterlassungsurteil trotz Erledigung der Hauptsache zwischen den Instanzen. — Zur Frage der Durchsetzung einer Filmvorführung im Wege der einstweiligen Verfügung. OLG Düsseldorf vom 21. Juli 1967 — 20 U 224/66 . . . . .	186		
3. ZPO §§ 887, 888. — Gläubiger und Schuldner können für die Zwangsvollstreckung nicht wirksam vereinbaren, daß eine vertretbare Handlung i. S. des § 887 ZPO durch Festsetzung einer Geldstrafe nach § 888 ZPO zu erzwingen ist. OLG Hamm vom 11. Oktober 1967 — 14 W 82/67	188		
<b>Strafrecht</b>			
StGB § 69 I; BVerfGG § 90 ff. — Die Erhebung der Verfassungsbeschwerde gegen eine strafgerichtliche Entscheidung bewirkt kein Ruhen der			

— MBl. NW. 1968 S. 1437.

## Was kann man schicken ?

(Die Liste ist unvollständig, sie gibt nur Anregungen)

### Lebens- und Genußmittel

#### Bis je 1000 g

Eierteigwaren  
Traubenzucker  
Babynahrung  
Obst und Südfrüchte

#### Bis je 500 g

Hartwurst	} zusammen	bis 1000 g
Speck		
Margarine	} zusammen	bis 1000 g
Butter		
andere Fette		
Nüsse		
Mandeln		
Zitronat		
Rosinen		
Backobst		
Kekse, Teegebäck		

Gewürze aller Art, Backpulver, Soßenpulver, Puddingpulver, Suppen- und Brühwürfel nur in kleinen Mengen für den Hausgebrauch.

#### Bis 300 g

Schokoladewaren

#### Bis je 250 g

Kaffee (in Pulverform: 50 g)  
Kakao  
Milchpulver  
Käse  
Bis je 50 g  
Eipulver  
Tabakpulver  
(höchstens 48 Zigaretten  
oder 8 Zigarren  
oder 20 Zigarillos  
oder 50 g Tabak)

### Verschiedenes

Batterien und Birnen für Taschenlampen  
Bleistifte  
Minen für Kugelschreiber  
Blumensamen  
Gasanzünder  
Haarklammern  
Hygiene-, Kosmetik- und Toilette-Artikel  
(wie Toilettenseife, Rasierseife, Rasier-  
klingen, Gesichtswasser, Hautcreme,  
Babycreme, Haarwaschmittel, Papier-  
taschentücher, Toilettenpapier)  
Klebstoff in Tuben  
Kunstpostkarten

**Nägel, Schrauben, Haken**  
Schulhefte  
Schwämme  
**Feinwaschmittel**  
Zeichenblocks  
Fahrradzubehör  
Feuerzeuge  
Glühbirnen  
Laubsägen  
Scheren, Taschenmesser  
Spielsachen, Gummibälle  
Tulpenzwiebeln usw.

**Alle Kleinigkeiten für Küche und Haushalt (Spülbürsten, Topf-  
schrubber, Fensterleder, Vliesstofftücher, Einweckringe usw.), für  
den Garten und für den Bastler.**

Die folgenden Preisangaben sind nicht als Höchstbegrenzungen  
anzusehen. Sie sollen nur zeigen, daß man auch ohne großen Auf-  
wand helfen und Freude bereiten kann.

### Textilien, Bekleidung und Zubehör

#### Bis 1,— DM

**Druckknöpfe, Haken, Ösen**  
**Nähnadeln, Stopf- und Stricknadeln**  
Nähzubehör (Garne usw.)  
Perlmutterknöpfe  
Reißverschlüsse usw.

#### Bis 5,— DM

**Babyartikel**  
Babywäsche  
Damenstrümpfe  
Herrensocken (Kräuselkrepp)  
moderne Hosenträger  
Schals, Tücher  
**Wolle**

#### Über 5,— DM

Anoraks  
Bettwäsche  
Blusen  
Gobleinen  
Kinderkleidung  
Lederhosen  
Oberwäsche, Unterwäsche  
Pullover  
Miederwaren  
Schirme (Knirpse)  
**Schuhe und Zubehör**  
waschbare Krawatten  
**Wolle und Wollwaren**  
**Kunstfasermäntel**

Zugelassen sind auch alle größeren Bekleidungsstücke, wie Kleider,  
Anzüge, Mäntel, Röcke, Hosen, Jacken.

### Lederwaren

#### Bis 5,— DM

Etuis  
Geldbörsen  
Taschenmaniküren

#### Über 5,— DM

Aktenaschen, Kollegmappen  
Briefaschen

Einkaufstaschen  
Geldbörsen  
Handtaschen  
Reiseneccessaires  
Taschenmaniküren  
Lederhandschuhe  
Schuhe

### Die wichtigsten Bestimmungen

1. Geschenkpakete und -päckchen dürfen nur von einem privaten Absender an einen privaten Empfänger gerichtet sein. Organisationen und Firmen dürfen keine Geschenksendungen schicken.
2. Ein Paket darf 7 kg, ein Päckchen 2 kg wiegen.
3. Der Inhalt darf den Bedarf des Empfängers und seiner Familie nicht übersteigen. Bekleidung nur je ein Stück einer Art (also nicht 2 Pullover, 2 Paar Strümpfe usw.). Nicht mehr als 2—3 Bekleidungsstücke in eine Sendung! Getragene Textilien und Schuhe dürfen nur mit einer amtlichen Desinfektions-Bescheinigung versandt werden.
4. Höchstmengen für Genußmittel:
 

Kaffee und Kakao je	250 g	} je Sendung
Schokoladewaren	300 g	
Tabakerzeugnisse	50 g	
5. Verboten: Luftdicht verschlossene Behälter (deren Verschluß beim Öffnen verletzt werden muß, wie z. B. Konserven), Medikamente.
6. Keine schriftlichen Nachrichten, keine Zeitungen oder anderes bedrucktes Papier beilegen, aber: Inhaltsverzeichnis erwünscht.
7. Auf jede Sendung schreiben: „Geschenksendung! Keine Handelsware!“ — Päckchen müssen außerdem die Aufschrift „Päckchen“ tragen.

### Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.

Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 14,— DM, Ausgabe B 15,20 DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.